

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Bentul-Famken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 40

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 6. Oktober 1918
(Telephon: Nr. 174.)

5 ferate kosten 50 Pfg. die einpaltige Postzeitung.
Bei Lieferungen Abost. — Stabvermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Antenrufe gegen die Arbeiterkontrolloren. — Ein neuer Kurs. — An die Arbeiter Deutschlands. — Der Ausweg aus der Lebensmittelnot. — Generalfreiwirtschaftsbewegung in der Schweiz. — Ueberwachungsaußsüß der Schuhindustrie. — Der neue Post- und Telegraphendienst. — Verbandsschiedsrichtern. — Ehrenliste. — Literarisches.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Probleme der Frauennarbeit. — Die „Gewerblücker“ der Frauennarbeit. — Die Frauennarbeit in der Kriegswirtschaft. — Vom Frauenstimmrecht. — Erklärungsfragen (Katastrophen, Inflations usw.) und deren Behandlung.

Antenrufe gegen die Arbeiterkontrolloren.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und der berufsgenossenschaftlichen Betriebsrektion mitzuwirken, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, fast abgenutzten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Heft 6 dieses Jahrganges) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morgner (Chemnitz) entgegen, wozon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschultechniker ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Wichtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterinnenschutzes sei hervorgehoben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckereigewerbes, der Webereien, der Radmaschinenindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterinnenschutz angepaßt sind. Dieser bewiesene Stand ist das Ergebnis einer oft sehr mühsamer gemeinsamen Arbeit von technischen Betriebsbeamten, Maschinenkonstruktoren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis noch nicht völlig gelösten Fragen des Unfallsschutzes für Arbeiterinnen können nur auf Grund sachlicher Arbeit befriedigend gelöst werden. Noch klarer tritt dieses für den bauschweizerischen Arbeiterrechtsschutz zutage, der bereits vor Beginn der Bauten durch Prüfung der Baupläne auf Standort- und Betriebsrisikofreiheit usw. gewahrt wird. Eine Ausnahme besteht in letzterer Hinsicht für den Bauarbeiterrechtsschutz während der Ausführung der Bauten, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder statische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktisch und theoretisch erfahrene Bautechniker unentbehrlich und für eine laienhafte Ausführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbegebiete ist ein den Anwendungen nur einzigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften nach viel weniger zu erwarten. . . Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeiterverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Jedes ist auch nach dem Jahresbericht dieser Aufsichtsbeamten in die-

fer Beziehung nur ein geringeres Bedürfnis zuzugerechnet usw.“ Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter und besonders sind nach seiner Meinung „von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu hegen.“ Nach dieser Darstellung leben wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schularbeitslastungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht, erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer bringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzrichtungen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschultechniker bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Beringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der Starr- und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberspannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen normalverständlichen Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standfestigkeit der Gerüste eine statische Berechnung verlangt wird, so ist das begründet; für die Durchschrittsbauten bestehen für jeden Bauarbeiter oder Poller Normen, nach denen er erfahrungsmäßig an der Hand der Schutzvorschriften ein zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit. Doch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der übergroßen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter, Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Anhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; dasselbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrolloren oder Betriebsrektionen (als Gewerbe-Aufsichtsausschüssen) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erstmals von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Uebung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben“.

Bei der Vervielfältigung der Gewerbe (Industrien usw.) und Gewerbebetriebe werden an den Gewerbeinspektoren nicht unbedeutende Anforderungen gestellt, die in Bezug der technischen und praktischen Kenntnisse und der Ueberzeugen sich unzulässig nicht befriedigend lassen. Wie die Industrie mit der Technik immer mehr zur Spezialproduktion übergeht, so muß sich die Gewerbeaufsicht dieser Entwicklung anpassen und müssen deshalb hier mehr Spezialingenieure zur Verwendung kommen. Bei allen Mängeln, welche dem berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsdienst anhaften, so ist er aber zweifellos durch die Spezialisierung der Berufsgenossenschaften noch Gewerben (wie für die chemische Industrie, Elektricität, Baugewerbe usw.) der staatlichen Gewerbeaufsicht überlegen. Auch der aus der Spezialindustrie hervorgegangene praktische Arbeiterkontrollor wird, soweit sein Gewerbe oder seine Industrie im Frage kommt, sich den vielfachenden Gewerbeaufsichtsbereichen überlegen zeigen. Nach alledem

ist deshalb eine Reorganisation des Aufsichtsdienstes erforderlich. Hier wird erst einmal notwendig erscheinen, die einzelnen Industrien und verwandten Gewerbe unter der Berücksichtigung von Wirtschaftsgesetzen in nicht allzu große Aufsichtsbereiche einzuteilen, worin dann der leitende Gewerbeinspektor in Verbindung mit den Arbeiterkontrolloren die behördlichen Betriebsrektionen ausübt. Von Interesse ist jedenfalls die Frage: wie groß die Zahl der Arbeiterkontrolloren in jedem Aufsichtsbereich sein muß. Das wird sich nach den Erfahrungen und den Anforderungen zu dem Grad der Gefährlichkeit der Gewerbe und nach der Zahl und Größe der Betriebe richten müssen. Gefährliche Betriebe müssen mindestens einmal im Monat residieren und außerdem muß von zwei zu zwei Jahren die ganze Betriebsanlage durch eine staatliche Sachverständigenkommission einer prüfenden Besichtigung unterzogen werden. Dasselbe trifft selbstverständlich auch für die Berufsgenossenschaften zu, die durch eine dementsprechende Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 875) verpflichtet werden müssen, erst mal den Bestand ihrer technischen Aufsichtsbeamten um mindestens ein Drittel durch Anstellung von Arbeiterkontrolloren zu erhöhen. Berufsgenossenschaften, die in sich gefährliche Gewerbe oder Industrien vereinigen, müssen von Fall zu Fall nach der verhältnismäßigen Zahl der Unfälle oder gemerklichen Erkrankungen durch das Reichsversicherungsamt zu einer weiteren Anstellung von Arbeiterkontrolloren veranlaßt werden können. Zu diesen Fragen haben die Eingaben des Zentralverbandes der Steinarbeiter an das Reichsversicherungsamt vom Oktober 1917 und vom Januar 1918 sowie die Eingaben der drei Legalarbeiterverbände vom Mai 1918 an den Reichstagsrat und an den Reichstag (sowohl wertvolle Arbeit geleistet. Die Steinarbeiterberufsgenossenschaft hat in einem Schreiben an den Vorstand des Steinarbeiterverbandes die Anstellung einiger Arbeiterkontrolloren zugesagt.

Wie in der Fachschrift „Baupolitische Mitteilungen“ im August 1912 veröffentlicht wurde, hat der Rat der Stadt Chemnitz zu der erörterten Frage der Anstellung von Arbeiterkontrolloren in der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis einer Rundfrage an eine Zahl süddeutscher Städte bekanntgegeben. In Betracht kamen München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart, Fürt, Kissingen, Ludwigslofen und Würzburg. Im ganzen waren 18 Fragen gestellt, wozon hier die wichtigsten die Fragen 7 und 8 anzusehen wären. Die Frage 7: Ob sich die Arbeiterkontrolloren zur Wahrung der ihnen überwiesenen Obliegenheiten als geeignet erweisen haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten mit „Ja“ bestätigt. Die Frage 8: Ob sich Schwierigkeiten aus der Zusammenarbeit der technisch vorgebildeten Kontrolloren mit den Arbeiterkontrolloren ergeben haben? Diese Frage wurde von sämtlichen Magistraten verneint. Von Interesse ist auch die Frage 10: Haben sich Schwierigkeiten bei der Einführung mit den Arbeitgebern ergeben? München äußert sich dahin, daß sich anfangs wohl Schwierigkeiten gezeigt hätten, inzwischen habe sich aber die Sache eingerichtet, und die Arbeitgeber sehen jetzt selber ein, daß sie durch diese Baukontrolle entlastet wurden. Die anderen Magistrats sprechen sich in derselben Weise aus. Was was will man mehr? Genau so würden sich die Verhältnisse in der Industrie gestalten. Eben wirklich mal angenommen, daß man sich bei der Auswahl der Personen vergriffen hätte, wäre damit eine Unfähigkeit der intelligenten Arbeiterrechtsschutz zur amtlichen Betriebsaufsicht bewiesen? Hierzu sei bemerkt, daß bei den übrigen amtlichen Refforts der staatlichen und Gemeindeverwaltungen bei der Anstellung von Personen derartige Mängel auch sehr oft vorgekommen sind.

Eine dritte Frage ist das Verhalten der Unternehmer oder der Betriebsleiter gegenüber den Arbeiterkontrollleuten. Bei der Aufsichtstätigkeit werden sich Differenzen mit diesen Leuten und sagen wir — auch mit den Arbeitern — oft nicht vermeiden lassen. Aber das wird bei der Tätigkeit der Arbeiterkontrollleure nicht allein vorkommen, sondern wie die Erfahrungen lehren, kann das auch den Gewerbeinspektoren, der Baupolizei, den Revisionsbeamten der Dampfseilanstalten, den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften usw. passieren. Das kirchenreligiöse oder politische Glaubensbekenntnis des Aufsichtsbeamten hat damit gar nichts zu tun, sondern wird in dem Indifferentismus, in dem Vorurteil oder in dem bösen Willen eines Teiles der Unternehmer, Betriebsleiter und Arbeiter sowie vor allem in den Schutzunterlassungen der erwiderten Betriebe seine Ursache finden. Im übrigen wird man von jedem Aufsichtsbeamten ein den Umständen entsprechendes entschlossenes und energisches Vorgehen erwarten müssen. Daher sind alle derartigen Einwendungen gegen die Arbeiterkontrollleure mit Vorsicht und Sachlichkeit zu prüfen.

Es liegt zweifellos auch im Interesse der Unternehmer, wenn sie, einer besseren Einsicht folgend, sich bei finden, einer intensiveren und wirkungsvolleren organisierten Gewerbeaufsicht mehr Würdigung und Anerkennung entgegenzubringen. Und das um so mehr, wo die schutztechnisch besser ausgestatteten Betriebe wie bis jetzt oft für die Unterlassungen anderer Betriebsunternehmer materiell mit eintreten müssen. Die finanziellen Belastungen einzelner Gewerbe durch das Manne von schutztechnischen Einrichtungen sind vielfach enorm. Ein fortschreitender und gleichartiger Ausbau der Schutzeinrichtungen in einem Gewerbe oder Berufe wird dazu beitragen, diese Ausgaben ganz beträchtlich niedriger zu gestalten und außerdem die Konkurrenzverhältnisse auf einen mehr gesunden Boden zu stellen. Die dringende Anstellung von Arbeiterkontrollleuren als Gewerbeaufsichtspersonen ist deshalb nicht nur bevölkerungspolitisch, sondern auch volkswirtschaftlicher Natur und daher eine Sache der höheren Zweckmäßigkeit für den Staat.

G. Heintz.

Ein neuer Kurs.

In Nr. 110 des „Korrespondent“, dem Organ des Buchdruckerbundes, leitet ein gewisser Alfred Strauß über den neuen Kurs, den die Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zukünftig nach seiner Meinung einschlagen muß, wenn sie nicht „vom richtigen und zweckdienlichen Wege“ abirren will. Strauß beginnt seine philosophischen Betrachtungen mit dem Eingeständnis, daß, wenn der denkende Arbeiter die durch den Krieg geschaffene weltpolitische und wirtschaftliche Lage sich vergegenwärtigt und an diese den Maßstab schließender Perspektiven lege, so dürfe „unser“ Weltanschauung vorkriegszeitlicher Struktur mit solcher der zukünftigen wesentlich kollidieren. Er will dann „vom philosophischen, bis zum Scheitelpunkte getriebenen Standpunkte“ einen erweiterten Rundblick schaffen, der angeblich „die Konturen unserer Zukunftsinteressen“ klar hervortreten läßt.

Es wäre möglich, den philosophischen Leitartikel des Buchdruckerorgans in seinen neuorientierten Betrachtungen zu führen, wenn nicht auch er dabei ein typisches Beispiel dafür lieferte, wie gewisse Leute, die sich bei jeder passenden Gelegenheit den Arbeitern als erprobte Führer vorstellen und ihnen die bittere Notwendigkeit der Aenderung ihrer jetzigen Weltanschauung plausibel machen wollen, höchst persönlich selbst nie dieselbe Weltanschauung gehabt haben können, die sie jetzt für so reformbedürftig halten. Mit anderen Worten, derartige „Philosophen“ suchen der alten, erprobten proletarischen Weltanschauung in der Weise beizukommen, daß sie sich in demagogischer Art als Befehlsgeber von derselben hinfstellen mit dem ausgesprochenen Zwecke, ihre eigenen, allweil gut bürgerlichen Ansichten der proletarischen Weltanschauung der Dinge aufzupropfen.

Das leuchtet aus den Gedankengängen des philosophischen Schwarzfärbers auch ohne weiteres ein. Sein „erweitertes Rundbild“ sieht den innerpolitischen Gärungsprozeß mit denselben Augen an, wie die ungeheuren Entwicklungen des Imperialismus — der Entente. Das heißt: mit bürgerlich-nationalistischen Augen. Seine Mahnung, die er dabei „an die unteren Klassen“ richtet, sie müßten sich bemühen,

Einsicht in die Verkettung der wirtschaftlichen Kräfte und Vorgänge zu gewinnen, damit sie mit Bewußtsein durch nachhaltige Umformung in den Prozeß eingreifen, die Grundlage für bessere Lebensbedingungen schaffen,

hätte er wohl zweckdienlicher zunächst an die eigene Adresse richten sollen. Er würde dann bei der Aufzählung der „realen Tatsachen“ im inneren und äußeren Wirtschaftsprozeß zu ganz anderen als den sozialimperialistischen Schlüssen kommen, die er aufzählt. Die Anzeigen und Umrisse des neuen Zeitalters, die nach seiner Meinung allenthalben zu erkennen sind, der angeblich wachsende Einfluß auf die politische Macht, der Aufstieg zur stärkeren politischen Mitwirkung ist gerade in den jüngsten Tagen recht trefflich durch die Jagd der sogenannten Mehrheitssozialisten nach einigen Ministerposten illustriert worden. In die schönen Dinge, die Strauß von der stärkeren politischen Mitwirkung (sprich vom Nichtauschaltenlassen) erwartet: den Fall des „ungerechten preußischen Wahlrechts“ und die damit verbundene „Neuorientierung in der kommunistischen und staatlichen Verwaltung“, die Ausichten eröffnen „ungeahnter Weite und Größe, große Ebenen, bereit, die Intelligenzen der arbeitenden Stände zu heil- und glückverheißender Tätigkeit, zur Bewirtlichung der Menschheitsideale aufzunehmen“, sind Phantasien eines — Philosophen, der die Augen hartnäckig vor der realen Tatsache verschließt, daß eben im kapitalistischen Klassenstaat der Aufstieg der Arbeiterklasse nur durch sozialistische Erkenntnis der Dinge und durch zielbewußten Klassenkampf zu erreichen sein wird.

In diesen Tagen (am 26. September) waren 50 Jahre vergangen, seitdem in Berlin ein Kongreß die Gründung zentraler „Arbeiterschaften“ beschloß und die moderne Gewerkschaftsbewegung aus der Taufe hob. Mühewoll war im Laufe der fünfzig Jahre der Aufstieg der freien Gewerkschaften zu ihrer heutigen Stellung, die sie nicht hätten erreichen können, wenn nicht von allem Anfange an sie erkannt hätten, daß die Befreiung des Proletariats nur durch die Arbeiterschaft selbst erkämpft werden kann und muß. Vergangens mühen sich damals die Fortschrittler, die junge gewerkschaftliche Bewegung ihres gefährlichen Weizens zu berauben und aus ihr ein Werkzeug zur Befreiung des Bestehenden zu machen. Ihre Pläne scheiterten damals elend, vergebens waren alle Bemühungen des Dr. Max Hirsch, und schließlich halfen sie sich notgedrungen mit der Schaffung der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, die den Klassenkampf ablehnten und die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit pflögten. Man hoffte damit, der jungen selbständigen Arbeiterbewegung das Wasser abzugraben. Die fortschrittliche Hoffnung ist elend gescheitert geworden, und die Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes standen, wurden stärker und stärker.

Statt sich mit nationalitätlich-sozialimperialistischen Gedankengängen zu brüsten, sollten der philosophische Leitartikel des „Korrespondent“ und seine vielen Gefinnungsfreunde innerhalb der gewerkschaftlichen Instanzen sich in die Geschichte der freien Gewerkschaftsbewegung vertiefen. Was von dem „neuen Kurs“, den sie empfehlen, zu erwarten ist, von der „heil- und glückverheißenden Tätigkeit der Intelligenzen“, das hat die Arbeiterschaft im Laufe der Kriegsjahre zur Genüge kennen gelernt. So gründlich kennen gelernt, daß die Opposition gegen den „neuen Kurs“ innerhalb der Gewerkschaften immer mehr und mehr erstarkte.

Zukunftstroß bildet zwar der neuorientierte Leitartikel des Buchdruckerbundesblattes in die Zukunft. Nach seiner Meinung sieht sie so aus:

„Der deutsche Arbeiter, der jetzt in schwerster Stunde als Hüter des Geschick des Vaterlandes in seinen Armen trägt, liegt vor dem wirtschaftlich Stärkeren nicht mehr wie Butter vor dem Messer!“

Derselben Hoffnung sind nun auch wir. Die Arbeiterschaft, die eine fünfzigjährige Periode des Klassenkampfes ebenso wie die fruchtbringenden Lehren des mörderischen Weltkrieges hinter sich hat, wird sich von den kapitalistischen Gewalten nicht unterwerfen lassen. Aber der Geist, der sie im Kampfe für die Emanzipation ihrer Klasse befeuert, kann und wird sich nicht hineinzwängen lassen in den „neuen Kurs“, der in die Tiefe, nicht in die Höhe, führt.

An die Arbeiter Deutschlands.

richtete sich der Aufruf von Schweitzer und Fröhliche zur Einberufung des Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses vor 50 Jahren. Wir entnehmen diesen bedeutungsvollen Aktenstücke die nachstehenden Absätze:

Immer häufiger und immer größer treten die Arbeitseinstellungen auf; sie sind in den Verhältnissen begründet; sie sind Zeichen eines inneren wachsenden Bewußtseins.

Aber wie man auch immer über die Arbeitseinstellungen denken mag, sozial heißt es, daß kein

Staat befugt ist, sie zu verbieten, kein Staat das Recht hat, die Koalitionsfreiheit zu verweigern. Die Arbeitseinstellung ist das einzige Bestimmte von Millionen Menschen, das einzige Bestimmte der großen Masse des Volkes. Nicht länger sind die Arbeiter gesonnen, sich die freie Verfügung über ihr einziges Bestimmtes verbieten zu lassen; sollte man versuchen, noch länger dieses Verbot aufrecht zu erhalten, so werden sie eine vernehmliche Sprache zu reden und eine unabweisliche Haltung einzunehmen wissen.

Von höchster Wichtigkeit nun ist es, daß in dem Augenblick, wo das Koalitionsrecht proklamiert wird, die Organisation für die wirksame Vornahme von Arbeitseinstellungen bereits vorhanden ist. Das jetzige planlose Hervortreten von Streiks, bald da, bald dort, oft mit freier Ueberlegung und meistens ohne die erforderlichen Gelder im Hintergrund, kann nicht vorwärts führen; nur eine planmäßige zusammenhängende Organisation der Streiks durch ganz Deutschland kann dieselben erfolgreich machen. Nur dann, wenn die Gesamtheit der Arbeiter in fester Organisation und unzerbrechlich zusammenhält, kann der Uebermut der Kapitalisten in erträgliche Grenzen zurückgebrängt werden.

Es muß ermöglicht werden, daß bei uns, ebenfalls wie in England, 5000 Arbeiter an einem Tage die Arbeit einstellen, ohne um ihren Lebensunterhalt zu Sorgen zu sein, da die Unterstützung ihrer Brüder in ganz Deutschland ihnen gewiß ist. Es muß möglich gemacht werden, daß, wenn die Kapitalisten und Fabrikanten in unberechtigtem Uebermut und Schamlosigkeit verharren, die Industrie einer ganzen Stadt, einer ganzen Gegend lahmgelegt werde, es muß dafür gesorgt sein, mit einem Wort, daß der Kampf unerbittlich bis aufs äußerste geführt werden kann.

Andererseits muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter an einem einzelnen Orte keine unerreichbaren Forderungen zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden der mit ihnen verbündeten Gesamtarbeiterschaft stellen.

Mit einem Worte: Eine umfassende, fest begründete Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands durch und in sich selbst zum Zwecke gemeinsamen Vorschreitens vorwärts mittels der Arbeitseinstellungen tut dringend not.

Die Vorbedingung dafür ist: daß ähnlich wie in England die Arbeiter der einzelnen Gewerkschaften sich in allgemeinen Gewerkschaften vereinigen.

Arbeiter Deutschlands! Ihr alle, wo Ihr auch seid und weilen mögt, seuzet unter dem Druck des Kapitalismus. Ihr alle führt über Euch jene gemüht- und nutzungslose, jene unerfüllte Macht, der eure Arbeitskraft innewohnt! Steht zusammen, wo es gilt, das moderne Joch zu bekämpfen und für die ewigen Menschenrechte einzustehen! Seid einig und erkennt eure ungeheure Macht!

Der Ausweg aus der Lebensmittellage.

Die Ernährungsaussichten über den kommenden Winter sind nicht günstig. Wenn auch von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht wird, die Bevölkerung zu beruhigen, wie man meint, in wohlthätigem Irrtum über die Lage der Ernährungsverhältnisse zu erhalten, so müssen diese Versuche doch spätestens an den Erfahrungen der jeder einzelne jetzt schon machen kann. Berühmte worden ist schon viel — aber nur wenig ist gehalten worden. Wo sind die außerordentlichen Zuwendungen geblieben, die Erfolge bieten sollten für die Kürzung der Brotration und jetzt für die fleischlosen Wochen? Bedeutet die hinauschiebung der Aufhebung der Kürzung der Brotration bis zum Oktober nicht bereits eine Kürzung der Brotration im neuen Wirtschaftsjahr? Kommt zu diesem Vorschlag auf die Kürzung der Brotration am Ende des Jahres nicht die Kürzung der Fleischration? Die Bevölkerung empfindet dies und noch manches andere sehr hart und nimmt deshalb alle Versicherungen, daß die Ernährungslage in diesem Winter nicht ungünstiger werde, als in den vergangenen Wintern, mit Misstrauen auf. Und schließlich muß ihr Misstrauen gerechtfertigt durch die letzte Erklärung des Reichstanzlers über die Ernährungsfrage, die ihn vorbereitet auf die kommenden Schwierigkeiten, überbrannt werden müssen.

Je länger der Krieg dauert, umso mehr macht sich eben der absolute Mangel an Lebensmitteln geltend. Aber es ist nicht nur der absolute Mangel an sich, der die Ernährungschwierigkeiten hervorruft, denen die große Masse der Bevölkerung unterworfen ist. Die Schuld liegt vielmehr an der Art und Weise der Verteilung der vorhandenen Lebensmittel auf die Bevölkerung. Daß weit mehr Lebensmittel vorhanden sind als von dem Nationalismus...

den. Andere bürgerliche Kreise waren aber mit dem in diesem Falle staatsmännischen Verhalten des Bundesrates einverstanden und stimmten erleichtert auf, daß es nicht zum Generalstreik gekommen war. Geteilt ist die Stimmung auch in der Arbeiterschaft. Während viele Gewerkschafter die freiwillige Erledigung der jetzt zugehörigen Bewegung begrüßten, sind andere Arbeiter damit unzufrieden, da sie gerne einmal die Macht des Generalstreiks den herrschenden Klassen gezeigt hätten. Ob damit aber mehr erreicht worden wäre oder auch nur ja, wäre keineswegs sicher gewesen.

Eine verräterische und geradezu schmutzige Rolle hat die Handvoll christlicher Gewerkschafter (ca. 4000) gespielt, die den kämpfenden freien Gewerkschaften direkt in den Rücken schossen, aber nichtsdestoweniger sich die von diesen erzielten Errungenschaften ebenfalls nutzbar machten.

Der größte Erfolg der ganzen Bewegung liegt eigentlich auf organisatorischem Gebiete, in dem Zusammengehen der ca. 60 000 Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bundes, mit denen der Gewerkschaftsbund auf eine Mitgliederzahl von 250 000 (gegen 89 000 vor dem Kriege) kommen dürfte und die auch eine entsprechende Verjüngung der Sozialdemokratie bedeuten. Mit Verzweiflung betrachten denn auch die bürgerlichen Parteien die Massenflucht jener „besseren“ Proletariatsgruppen aus ihren Lagern und beraten fiebernd, wie sie die verlorenen „Söhne“ als ihr wertvolles politisches Stimmvieh zurückgewinnen könnten. Es ist der Geschichte „ebernes Reich“, das sich da vollzieht und gegen das alle demagogischen Künste der kapitalistischen Klassenpolitik ergebnislos bleiben werden.

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Überwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Betrifft Gewährung eines Sondergewinnes an die Mitglieder Gesellschaften und eines Zuschusses an stillgelegte Gesellschaften, deren vierteljährlicher Gewinnanteil unter 1000.— beträgt.

A. **Sondergewinn.** Diejenigen Gesellschaften, die nicht auf der Liste der weiterarbeitenden Betriebe stehen, erhalten für das Geschäftsjahr 1. 4. 1918 bis 31. 3. 1919 einen Sondergewinnanteil von 2 Proz. vom Umsatz des letzten Friedensjahres 1913—14 für die Dauer der Stilllegung, insoweit der Gesamtgewinn nicht mehr als 10 Proz. des Umsatzes des letzten Friedensjahres beträgt.

B. **Zuschuß für Gesellschaften, deren vierteljährlicher Gesamtgewinn weniger als 1000.— beträgt.** Diejenigen Gesellschaften, die nicht auf der Liste der weiterarbeitenden Betriebe stehen und deren vierteljährlicher Gesamtgewinn auf Grund des Umsatzes des letzten Friedensjahres 1913—14 weniger als 1000.— beträgt, erhalten vom 1. April 1918 an einen Zuschuß bis zu 1000.— für ein Vierteljahr, auch wenn hierdurch der Gesamtgewinnanteil höher als 10 Proz. des Friedensjahres ist.

C. **Anforderungsarbeiten, die nicht zur Herstellung von Schuhwerk zugelassen sind,** gelten als nicht auf der Liste der weiterarbeitenden Betriebe stehend.

D. **Eine Anrechnung irgend eines Nebenverdienstes** findet vom 1. 4. 1918 an nicht mehr statt.

E. **Die Auszahlung obiger Beträge** erfolgt vierteljährlich.

F. **Alle früher vom Überwachungsausschuß der Schuhindustrie gefaßten Beschlüsse** wegen Zuweisungen an Gesellschaften, deren Gewinnanteil aus Grund des Umsatzes des letzten Friedensjahres 1913—14 jährlich weniger als 1000.— betrug, werden mit Wirkung vom 1. Oktober an aufgehoben.

Ausschneiden und aufbewahren. Der neue Post- und Telegraphen-tarif

tritt am 1. Oktober 1918 in Kraft, und zwar im inneren Verkehr des Reichspostgebiets, im Verkehr mit Bayern und Württemberg sowie mit den Postämtern im Generalgouvernement Warschau und im Glindegebiet des Oberbesitzhahers Ost. Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren ist zum Teil eine recht bedauerliche. Wir hatten es für unsere Pflicht, unsere Leser auf die Erhöhungen nochmals aufmerksam zu machen.

Für Fernbrief bleibt der bisherige Satz be-

stehen. Ein einfacher Brief bis zu 20 Gramm kostet 15 Pfg., Briefe mit einem Gewicht über 20 bis 250 Gramm kosten 25 Pfg. Im Ortsverkehr kostet ab 1. Oktober ein einfacher Brief 10 Pfg.; ein Brief mit einem Gewicht über 20 bis 250 Gramm: 15 Pfg. Die Gebühr für Fernpostkarten erhöht sich auf 10 Pfg. und die für Ortspostkarten auf 7,5 Pfg. Hochpostbriefe kosten 35 und Hochpostkarten 30 Pfg.

Druckfachen kosten nach dem neuen Tarif bis 50 Gramm: 5 Pfg., über 50 bis 100 Gramm: 7,5 Pfg., über 100 bis 250 Gramm: 15 Pfg., über 250 bis 500 Gramm: 25 Pfg., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm: 35 Pfg. Warenproben: bis 100 Gramm: 10 Pfg., über 100 bis 250 Gramm: 15 Pfg. und über 250 bis 500 Gramm 25 Pfg. Geschäftspapiere: bis 250 Gramm: 15 Pfg., über 250 bis 500 Gramm: 25 Pfg. und über 500 Gramm bis 1 Kilogramm: 35 Pfg. Rücksendungen sind im neuen Gebührentarif den Gewerkschaftspapieren gleichgestellt.

Für Postauftragsbriefe wird eine Gebühr von 35 Pfg. erhoben. Briefe mit Wertangabe kosten in der 1. Zone 25 Pfg., darüber hinaus 50 Pfg.

Recht erheblich ist die Gebührenerhöhung bei Paketen. Ein 3-Kilo-Paket kostet in der 1. Zone 40 Pfg. und darüber hinaus 75 Pfg. Pakete über 5 Kilo: in der 1. Zone über 5 bis 6 Kilo: 60 Pfg. und jedes weitere Kilo 5 Pfg. mehr; in der 2. Zone über 5 bis 6 Kilo: 1,10 Mk., jedes weitere Kilo 10 Pfg. mehr; in der 3. Zone über 5 bis 6 Kilo: 1,20 Mk., jedes weitere Kilo 20 Pfg. mehr; 4. Zone über 5—6 Kilo: 1,30 Mk., jedes weitere Kilo 30 Pfg. mehr; 5. Zone über 5 bis 6 Kilo: 1,40 Mk., jedes weitere Kilo 40 Pfg. mehr; 6. Zone über 5 bis 6 Kilo: 1,50 Mk., jedes weitere Kilo 50 Pfg. mehr.

Postauftragungen kosten bis 5 Pfg.: 15 Pfg., über 5 bis 100 Pfg.: 25 Pfg., über 100 bis 200 Pfg.: 40 Pfg., über 200 bis 400 Pfg.: 50 Pfg., über 400 bis 600 Pfg.: 60 Pfg., über 600 bis 800 Pfg.: 70 Pfg.

Für Telegramme ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 3 Pfg. für jedes Wort, mindestens aber 30 Pfg. zu entrichten; außerdem wird eine Reichsabgabe von 8 Pfg. für jedes Wort, mindestens aber 15 Pfg., erhoben. Ein Ortstelegramm stellt sich also auf mindestens 45 Pfg. Im sonstigen inländischen Verkehr wird eine Telegrammgebühr von 5 Pfg. erhoben, mindestens aber 50 Pfg. Dazu kommt ebenfalls eine Reichsabgabe von 3 Pfg. für das Wort, mindestens aber 15 Pfg. Ein Telegramm im Ausland kostet also mindestens 65 Pfg.

Unverändert bleiben die Gebühren für den Postschlüsselverkehr und für Zeitungen, für Feldpost- und Soldatenfernbindungen und die Sendungen nach dem Auslande.

Die Ortsverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, unter allen Umständen alle Sendungen richtig zu frankieren, damit Strafportos vermieden werden. Der Vorstand wird in solchen Fällen, wo Strafporto gezahlt werden muß, die Annahme verweigern.

Bekanntmachungen des Zentralverbandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 30. Sept. bis 6. Okt. 1918 ein Wochenbeitrag fällig ist.

Den Zahlstellen Freiburg und Gießenbach 1. S. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Den Zahlstellen Alzey, Arnstadt, Burg b. Magdeburg, Talsburg, Gmehorn, Alzein, Reutlingen, Tützingen und Wiesbaden wurde auf Antrag genehmigt, ihren Lokalbeitrag vom 1. Oktober ab von 5 auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen, der Zahlstelle Meerssen 1. S. wird genehmigt, ihren Lokalbeitrag vom 1. Oktober ab von 5 auf 15 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Die Zahlstelle Nürnberg wird vom 1. Oktober ab statt 15 Pfg. 10 Pfg. Lokalbeitrag pro Woche und Mitglied erheben.

Den Zahlstellen Burg b. M. und Eppendorf 1. S. wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Mitglied und Woche zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Ortsbeiträge die Folgen des § 4 Abs. 1 nach sich zieht.

Nürnberg, den 28. September 1918.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Sehrnen 1. B. Vertrauensmann Julius Sigismund
Seinen 1. B. Vertrauensmann Fritz Steinbach

† Ehrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Verglundsdt. Andreas Schmitt, Hans G. gefallen.

Literarisches.

Schon die juchende pekuniäre Erschöpfung, lange Dauer des Krieges für alle Beteiligten bringen muß, erst recht der ungeheure Verlust des Lebens läßt keine Frage für die Zukunft in der ersehnten, als die einer besseren Siedlungszeit zwischenstaatlichen Beziehungen. Kein Einzelvermögen hat heute der Erkenntnis zu verschließen, daß die alte Weisheit „Wißt du den Frieden, so ist Krieg“ nicht ausreichend hat, um die Kultur der gegenwärtigen Zusammenbruch zu befeuern. Neue Bahnen weist deshalb für ein reichlich gegenseitiges Nebeneinander der Staaten, wie es schon die Friedenskonferenzen vorgabereiten unterzeichneten, Professor Dr. Walter Schilling aus Bonn seiner Meinung im Vortrag von Professor u. Ca. in Burg erschienenen Schrift „Internationale Beziehungen, Ausbau und Sicherung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Preis 3 Mk. (Porto 10 Pfg.)“ fünf Abschnitten behandelt. Schilling für jede verständlich folgende hochaktuelle Probleme internationalen Politik: Der Ausbau der internationalen Justizorganisation; Die Freiheit der Meere; Die Bündnisse und Geheimdiplomatie; Währungs- und Sicherung des Wirtschaftens; Maßnahmen gegen künftige Konflikte.

Neuer Katalog über Schuhe und Schuhezubehöre
Verlag gratis und franco.
C. Wägte, Weilin, Lotzingerstraße 14.

Handstanzmesser

Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 580 Amt Ostiga

Herr Dr. Meißner, Merfeld 1. 60

Tüchtige

Zuschneider u. Durchmä

oder gelernter Schuhmacher, welche Lust haben, bei uns zu erlernen, sofort gesucht.
Carl Otto, Schuhfabrik, Dresden
Mittelnr. 7—9.

Kleiner Posten von Druck- und anderen Proben

aller Art für Schuhfabrikanten u. s. w., geeignet, zu erlernen, sofort gesucht.
Interessenten belieben Adressen an Hausnummer 10, unter C. B. 955 einzufenden.

Die Fußbekleidungsstoffe, Fachbuch 1. 1918, viele Abbildungen 14.— Die moderne Fabrikation 8.70. Der Gerber 12.— Die Schuhfabrikanten 8.— Das Färben Lebharen Leder. Der Handwerker als Kaufmann 7.25. Lohnberechnung 8.35 per Nachnahme. E. Schwan Verlag, Berlin 211, Dresdenstraße 20.

Unserem lieben Kollegen

Georg Pippert

zu seinem 25 jährigen Verbandsjubiläum besten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Probleme der Frauenarbeit.

Folge des Krieges hat die Frauenarbeit stark zugenommen. Selbst bei den schwersten Beschäftigungen, wo ehemals ungeschicklich war, wird sie verwendet. Das ist eine Frage nahe, wie es damit nach dem Kriege wird. Betrachtet man dabei vor allem, daß die Frauenarbeit in natürlichen und volkswirtschaftlichen Grenzen liegt, so ist der Körperbau, der ganze Organismus weiches macht es dazu weniger geeignet, auf anstrengende Arbeit zu leisten. Viel liegt ihm dadurch eine Beschäftigung, die auf Schnelligkeit, auf das leicht Bewegliche beruht. Daher wurde auch vor dem Kriege die Frauenarbeit am ausgebreitetsten verwendet in der Textilindustrie, in der Handweberei, in der Zigarrerenfabrikation, in der Lederbearbeitung, Schuhwarenindustrie und bergleichen Feinverarbeitungsindustrien mehr. Die volkswirtschaftlichen Grenzen sind dadurch gegeben, daß die Frauenarbeit hauptsächlich infolge der eigenartigen Natur des Weibes leicht auf den Punkt gelangen kann, während Männer. Das kommt in Frage bei Schwangeren und sonstigen Schwächezuständen, bei den vielen weiblichen Beschwerden, die junge Mädchen haben vor den Stillperioden, denen das zur Mutter gewordene Weib genügen muß. Das kommt aber auch in Frage gegenüber den Schutzbestimmungen, die der Staat in seinen Interessen zugunsten der arbeitenden Frau als Gesetz erläßt. Diese Dinge wirken natürlich auch jetzt fort. Sie scheinen zwar fast vollkommen aufgehoben, es scheint indes nur so. Die Volkswirtschaft braucht für die vielen Männer, die ihr der Staat zu Kriegszwecken genommen hat, und da griff sie um so williger zur Hilfe vieler Frauen, als sich damit auch der angenehme Gewinn des höheren Gewinnes verband, trotz der ungeschicklichen Hände, die teilweise den Frauen gegeben ist. Das war um so leichter, als der Staat selbst in den Augenblicken Interesse (teils, um die so dringenden Bedarfsleistungen zu bekommen, teils auch durch einen Teil seiner ungedeuteten großen Unternehmungen die natürlichen u. volkswirtschaftlichen Grenzen der Frauenarbeit bedeuten erweitert ließ, die natürlich über den normalen Stand hinaus noch einer Förderung fähig sind. Deshalb steht man heute die Frauen in Kriegsinstrumenten mit fast allen Arbeiten der Wirtschaft beschäftigt, auch mit anstrengendsten und komplizierten, und man sieht sie beschäftigt als Vorkriegsarbeiter, in Fabriken, Straßenbahnangelegenheiten und Straßenarbeit, zum Wort, als vollgültiger Erwerb der Männer über, wo die Männer eine Lücke offen gelassen haben. Das alles wird jedoch auf keinen Fall so bleiben, ebensowenig wie vieles andere, was mit dem Kriege einhergegangen ist. Das geschieht wiederum durch die natürlichen volkswirtschaftlichen Grenzen der Frauenarbeit, zu denen auch noch bedeutende Folgewirkungen des Krieges als Staatsebene kommen. Zunächst steht fest, daß ein großer Teil der ungeschicklichen Frauenarbeit verschwinden wird. Das beweist schon das Drängen der Männer nach allen Plätzen, dem möglichst entgegenzukommen sowohl wirtschaftlich wie sozial als Ursache haben, die sonst Erläuterungen des ganzen Staats und Wirtschaftswirtschaftlich ausbleiben dürften. Was gleiche Ziel hat die bisherige arbeitenden Frauen selbst, für die Rückkehr ihrer Männer, Väter und Brüder, also Erwerb, fast jeder Anreiz dazu schwindet, weil es nicht möglich ist, zumal ja im Wartezust so mancher arbeitende Mann des Weibes wartet. Dabei wirken die einschränkenden Arbeiterschutzbestimmungen, die fast bald nach dem Kriegsende wieder in Kraft zu werden, schon aus dem Grunde, weil der Staat seinen Interesse das Weib nun für andere Zwecke, als besonders für die Sorge um den so notwendigen Nachwuchs, bereit haben muß.

des dadurch eine Verdrängung der Frauenarbeit stattfinden.

So begegnen sich Tendenzen und Gegen Tendenzen, doch sie laufen am Ende nur darauf hinaus, daß die Frauenarbeit in ihrer gegenwärtigen anormalen Form abnehmen wird. Soweit das nicht von selbst und auf ruhige Art geschieht, wird der Staat eingreifen müssen und bei den etwas bezweigten entzündenden Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ausgleichend eingreifen, und zwar wieder in seinem eigenen Interesse, da er nach dem Kriege darauf sehen muß, die großen Massen so viel wie möglich von einer allzu großen Unzufriedenheit freizubalten. Ferner hat der Staat ein noch viel größeres Interesse daran, die Kriegsgewinne sowohl als volkswirtschaftlichen wie auch militärischen Gründen schnellstens zu lösen. Dazu gehört, daß er die Männerarbeit von der Frauenarbeit nicht wieder zurückzuführen läßt.

Nach dem Kriege wird man also mit dem Verschwinden eines großen Teiles der gegenwärtigen Frauenarbeit sowohl nach Umfang wie nach Form rechnen können. Aber nur der gegenwärtigen Frauenarbeit; denn damit muß man sich abfinden, daß die Frauenarbeit auf ihrem alten Stand vor dem Kriege nicht wieder zurückkehren wird. Dafür sind alle diejenigen Gründe bestimmend, die eben schon in bezug auf die Tendenzen gegen das Sinken der anormalen Frauenarbeit genannt wurden und die deshalb hier nicht noch einzeln genannt zu werden brauchen. Nur wird es sich dabei mehr um den Umfang wie um die Form der Frauenarbeit drehen, daß heißt, diese ganze Art der Erwerbsarbeit wird gegenüber dem Stand der Jahre vor dem Kriege ganz gewaltig zunehmen, wird sich auch an vielen solchen Stellen einbüßern, wo sie bisher noch nicht vorhanden war, wird aber auf mancherlei Positionen verschwinden, in denen sie gegenwärtig noch ist.

Wie weit das im einzelnen gehen wird, ist gegenwärtig zu sagen nicht möglich. Dazu laufen die verschiedensten Tendenzen zu sehr durcheinander; außerdem steht einer der wichtigsten Faktoren noch nicht fest: der Ausgang des Krieges, von dem die Befahrung unserer gesamten volkswirtschaftlichen Zukunft und damit auch die Befahrung der Frauenarbeit wesentlich abhängt. Nur so viel dürfte heute schon sicher sein, daß die Frauen bei den Straßen- und Ozeanbahnen, auf der Straßenbahn und bei der Straßenarbeit, überhaupt bei allen denjenigen Arbeitsstellen, die zu große körperliche Anstrengungen erfordern, nicht mehr so häufig wie gegenwärtig antreffen sein werden, mag man auch die natürlichen Grenzen der Frauenarbeit noch so weit ziehen. Ebenso dürfte aber sicher sein, daß die Frauen im Handelsgewerbe und in allen denjenigen Industrien, die von ihnen bisher schon bedient wurden, eine überragende Stellung erlangen und darüber hinaus in solchen Industrien bedeutsam einwirken werden, denen sich die Eigenart des Weibes anpassen kann und die sie womöglich in den Stand setzt, bis Hilfsarbeiterin des Mannes zu fungieren.

Wird der außer jedem Zweifel nach dem Kriege sehr umfangreichen Frauenarbeit auch die Gewerkschaftsbewegung rechnen; sie muß danach ihre Werbemethoden und ihre Einrichtungen gestalten, denn selbst innerhalb der beruflichen Arbeiterbewegung sind die Bedürfnisse der Geschlechter nicht völlig gleich.

Die „Demobilisierung“ der Frauenarbeit.

Wenige Wochen bevor der Reichstag in die Osterferien ging, richtete die Gesellschaft für Soziale Reform an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe, betr. die Behandlung der Frauenarbeit in der Übergangswirtschaft. Ausgehend von der Umstellung der Frauenarbeit und ihrer künftigen Zunahme während des Krieges, folgert die Eingabe, daß mit Beginn der Friedensverhandlungen im Westen „mit einer umfangreichen Erwerbstätigkeit der Frauen zu rechnen ist“. Gleichzeitig werden die Kriegsinstrumente ihre Betriebe und damit die Zahl der in ihr Beschäftigten erheblich eingeschränkt. Aus vielen, besonders amtlichen Stellen, werden die Frauen durch die heimkehrenden Männer verdrängt werden, denn man hatte ihnen diese Stellen nur als „Platzhalterinnen“ überlassen. Die massenhafte Arbeitlosigkeit der Frauen, die, wie die Eingabe mit Recht sagt, mehr als bisher auch nach dem Kriege auf Erwerb angewiesen bleiben, droht zu einer ersten Desorganisation des gesamten Arbeitsmarktes, zur Unterbietung der Männer und zur Zerdrückung der Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft und zu schweren sittlichen und sozialhygienischen Schädigungen zu führen.“ Diesen Gefahren zu begegnen, werden eine Anzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, die zum größten Teil von der Unabhängigen Sozialdemokratische Deutschlands durch ihre Vertreter im Reichstag seit langem gefordert wurden, und für die, soweit dies möglich war, ihre Presse und Versammlungen wirkten. So die Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914 und ein „weitergehender, durchgreifender Arbeiterinnen-Augend-

lichen, Mutter, Säuglings- und Kinderschutz, das aber schon jetzt während des Krieges, nicht erst nachher. Ferner eine gut organisierte Arbeitsvermittlung, verbunden mit auskömmlicher Erwerbslosenfürsorge und gründlicher Wohnungsreform usw.

Aber die Gesellschaft für Soziale Reform erhebt in ihrer Eingabe noch eine andere Forderung: „Ortsfremde Arbeiterinnen, denen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, sind womöglich truppweise in die Heimat zu befordern...; um einen Anreiz zur Heimkehr zu geben, ist ihnen auf Beschäftigung des Arbeitsnachweises Fahrpreisermäßigung zu gewähren, auch wenn ihnen in der Heimat nicht sofort Arbeit nachgewiesen werden kann“. Auch soll bei Entlassungen berücksichtigt werden müssen, ob die Arbeiterinnen aus „arbeitsungrigen“ Berufen (Landwirtschaft, Dienstboten) stammen.

Durch Maßnahmen dieser Art, wie sie hier die Gesellschaft für Soziale Reform vorschlägt, wird gerade herbeigeführt werden, was sie abwehren will: die Desorganisation des Arbeitsmarktes und die Schmutzkonturierung der Frauenarbeit. Wie dies allgemein geschieht, so überfließt auch die Gesellschaft für Soziale Reform die absolute Zunahme der erwerbstätigen Mädchen und Frauen, beruht darauf, daß in der Tat deren Zahl verhältnismäßig stark gestiegen ist, und daß eine noch größere relative Zunahme der Frauenarbeit seit dem Kriege erfolgte. Die absolute Zunahme der Frauenarbeit ist nämlich keineswegs so groß, wie die Tätigkeit von Frauen in allen Berufen den Männern erweist. Zunächst über ihr Anwachsen geben die Berichte der Krankenkassen, die im Reichsarbeitsblatt monatlich veröffentlicht werden. Danach betrug der Mitgliederstand der Krankenkassen am 1. Juni 1914 insgesamt 16,8 Millionen, davon waren 10,6 Millionen männlichen und 6,8 Millionen weiblichen Geschlechts. Von je 100 Erwerbstätigen waren also 64,4 Männer und 35,6 Frauen und Mädchen. Am 1. Juni 1918 war eine wesentliche Verschiebung eingetreten. Der Gesamtmitgliederstand war gesunken auf 13,5 Millionen, die sich teilten in 6,5 Millionen männliche und 6,8 Millionen weibliche Mitglieder. Die ersteren haben abgenommen um vier Millionen, die letzteren zugenommen um eine Million, die Gesamtzunahme beträgt drei Millionen. Der Anteil der männlichen Erwerbstätigen hat sich verringert um 15,7 vom Hundert, ist also gesunken von 64,4 auf 48,7 v. H.; der Anteil der weiblichen ist gestiegen um 15,4 von rund 26 v. H. auf 31,0 vom Hundert. Die Frauen machen jetzt 31,0 vom Hundert aller Erwerbstätigen aus, also mehr als die Hälfte davon, während sie vor dem Kriege nur 26,8 v. H., gleich etwas mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen stellten. Es ergibt sich daraus, daß der prozentuale Anteil der Frauen erwerbstätig um so höher steigt, je mehr die Zahl der in der Heimat verbliebenen erwerbstätigen Männer sinkt, daß aber trotz aller dieser Steigerung tatsächlich nur eine Million mehr beträgt als vor dem Kriege. Es läßt sich vorerst nicht nachweisen, inwieweit diese Million von Mädchen und Frauen, die der Krieg neu in die Erwerbstätigkeit hineingezogen hat, den „arbeitsungrigen“ Berufen entstammt. Sicher resultiert sich ein großer Teil aus dem fähigsten Mittelstand, der von der Kriegszeit hart bedrängt wird.

Aber nicht nur diese neuzugewonnene Million von Arbeiterinnen wird mit Friedensbeginn erwerbslos werden, sondern noch sehr viele Frauen und Mädchen mehr. Selbst der allernächste Friedensvertrag, der Deutschland die gleichen Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten gäbe wie vor dem Kriege, wäre nicht imstande, die Versorgung des Volkes mit Rohstoffen so rasch herbeizuführen, daß die zur Zeit des Krieges aus ihren eigentlichen Berufen Überwanderten sofort von der Industrie aufgenommen werden können. Die unvermeidliche Folge einer truppweisen Heimkehr der erwerbslosen Arbeiterinnen wäre ein Überangebot von Arbeitskraft, ist also schlimmere Zustände zeitigen müßte, als sie vor dem Kriege bestanden haben. Sind die Löhne der Textilarbeiterinnen trotz der enorm gestiegenen Kosten der Lebenshaltung auch jetzt noch geradezu jämmerlich (siehe Frauenbeilage Nr. 29 vom 26. Juli 1918), so gebden doch Stundenlöhne von 7 und 8 Pfennigen der Vergangenheit an. Auch die Mitgabe von Heimarbeit nach sechsfündiger Fabrikarbeit hat ihr Ende gefunden. Sollen diese Zustände nach dem Kriege wieder bestehen? Die Massenheimkehr arbeitloser Textilarbeiterinnen bräute das jetzige und noch schlimmeres! Das Lohnniveau der gesamten Textilarbeiterarbeit würde herabgedrückt, und an die Stelle des gescheiterten Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus träte der wildeste Konkurrenzkampf von Mann und Weib gegeneinander, sehr zum Vorteil des gut organisierten Unternehmertums. Auch hier es gegen alle Rechte des „freien Arbeiters“ verstoßen und die Freizügigkeit aufheben, sollten die der ländlichen Gebirgsordnung Entnommenen durch Druck von irgendeiner Seite wieder unter die alte Fuchtel gezwungen werden.

Weber das eine noch das andre darf gefahren. Die Frauen sind in bezug auf Arbeitseinstellung und Entlohnung als Arbeiterinnen nicht anders zu behandeln wie die Männer! Zur Vereinfachung weiblicher Schmutzkonturierung gibt es ein Mittel. Erwerber haben für solche Stellung. Einz. lo-

statistische Ergebnisse, wie die Sozialdemokraten fordern, wird eine ganze Anzahl von Frauen jünger, aus Berufsmännern, die für den weiblichen Organismus schädlich sind. Überwiegend Erwerbstätigen hat ein Aufsehen, die weit über die Kriegszeit hinausgeht. Es ist jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin freistehen, diese Unterbringung an dem Orte zu beschaffen, wo sie am besten geworden sind. Die Arbeiterinnen dürfen nicht zur Rückkehr in die Heimat verpflichtet werden, in der Vielzahl noch geringere Erwerbsmöglichkeiten vorhanden sind als in dem Ort ihrer letzten Tätigkeit.

Es kommt alles darauf an, daß die Arbeiterklasse den wachsenden Schwierigkeiten der Sozialreformer gegenüber die im Laufe der Kriegszeit gemachten Erfahrungen ausnützt. Zwang die Not des Krieges zahllose Mädchen und Frauen, ihr verarmtes „Heim“ zu verlassen und, um nicht Hungers zu sterben, ihr Brot anderswo zu suchen, so haben sie sich damit zum mindesten das Selbstbestimmungsrecht erworben, ihre Arbeitskraft unter den günstigsten Bedingungen zu verkaufen. Welche Stadt, der die Betriebe stillgelegt und dadurch die Bevölkerung bestimmter Gebiete zur Wanderung gezwungen hat, damit die Verpflichtung zur Erhaltung dieser Arbeitskraft, wo immer es auch sei. Der Wiederaufbau der Familie nach dem Kriege, der dem Staat so sehr am Herzen liegt, ist nicht bedingt durch Rückkehr nach dem ehemaligen Wohnort, der doch nur periphrastisch für den modernen Arbeiter „Heimat“ bedeutet. Er hängt vielmehr ab von einer umfassenden sozialen Fürsorge, Hand in Hand mit einer Entlohnung, die nach die, an entbehrungs- und opferreichen Jahren Erziehung sowie auskömmlichen Unterhalt einer Familie gewährleistet. Erst wenn die Gesellschaft für soziale Reformen nach dieser Richtung die ihren ganzen Einsatz betätigt, wird sie helfen, mittelmäßigem sozialem Fortschritt den Weg zu bahnen. Die Arbeiterinnen aber müssen die gewerkschaftliche und politische Organisation stärken, um durch deren Nachdruck sich das Recht der Freizügigkeit und der freien Berufswahl zu sichern.

Mathilde Wurm.

Die Frauenarbeit in der Kriegsindustrie

hat gewaltigen Umfang angenommen. In der Rordindustrie bringen die Aufträge und die stärkste Anspannung der Frauenarbeitskraft ist erforderlich. So geht es nun schon Jahr für Jahr. Besonders die Landwirtschaft leidet vielfach durch diese Kriegsindustrie, indem „ihre Befinde“ abwandert und durch die bessere Vergütung in der Rordindustrie festgehalten wird. Es ist deshalb sehr begründet, daß die „Herrschaft auf dem Lande“ über diese Umwandlung und Wirkung der Kriegsarbeit nicht sehr erfreut ist. Die Frauen nicht mehr wie früher, die Löhne selbst regeln, sondern „ihre Befinde“ stellt selbst Forderungen und eine Erhöhung des Lohnes ist die Folge. Seit längerer Zeit schon sind Erzeugnisse geworden, die Beschäftigung in der Rordindustrie als Schwerarbeiter angerechnet. Man nahm früher die Arbeit nicht besonders ernst und schwer; dabei weiß jeder Fachmann, daß gerade diese Beschäftigung eine intensive und dauernde Anspannung aller Kräfte nötig macht. Die Frauen verrichten so gut wie die Männer die gleiche Arbeit. Eine Arbeitsteilung ist jedoch vorhanden und diese ermöglicht die Verwertung der verschiedenen Arbeitskräfte gleich einer rein mechanischen Arbeitsleistung. Immer mehr wird die Arbeitskraft angerechnet, werden die Leistungen gesteigert. Das Arbeitsystem trägt dazu noch bei, daß es in der Rordindustrie und Jagd, bei den Frauen, die die Hauswirtschaft noch als Nebenarbeit tragen müssen. Geistes wird sehr oft auf dem Wege zur Arbeit. So geht das Woche aus, Woche ein. Jetzt hat sich aber eine Wirtung all dieser Zustände eingestellt, die sich von der Arbeitsteilung als für die Gesamtzeit der Frauen bedenklich gestaltet wird. Das ständige Sorgen der Rordindustrie bei den Frauen und Mädchen in der Kriegsindustrie, z. B. in Auldberg, ist ein bringendes Zeichen. Noch nie war die Zahl der kranken weiblichen Beschäftigten so hoch wie jetzt. Selbst bei Kränkern kann sich jeder Wirtung nicht verlagern und gibt als Ursache die intensive Arbeitsleistung an. Er selbst hält eine Unterbringung aller Frauen in der dortigen Kriegsarbeit als gewollt, um einer weiteren Steigerung der kranken Frauen vorzubeugen. Man sieht es augenblicklich den kranken, müden und abgearbeiteten Frauen an, daß sie über ihre Kräfte gegangen sind. Und verächtlich ist die Zahl der kranken, denen auf ärztliche Verweisung Ruhe und andere Heilmittel verordnet sind. Inzwischen sind die Unterleibs- und Magenkrankheiten. Alle diese Krankheiten aber beweisen, daß die Arbeit, die für die Frauen aller Gefährlichkeiten mit sich bringen, die Anerkennung als Schwerarbeiter nicht bestritten werden kann.

Vom Frauenstimmrecht.

Bei den jüngsten Parlamentswahlen in Holland waren zum erstenmal auch die Frauen beteiligt, und ist in der Person einer früheren Vertreterin der Stadt Haag der erste weibliche Abgeordnete gewählt worden.

Die im 43. Jahre alt und gehört zur sozialdemokratischen Partei. In den Wahlen hat ein 101 Jahre alter Bauer mitgenommen, der zum erstenmal in seinem Leben das Stimmrecht bekam.

In Schweden ist es nun Frauenstimmrecht hatten die Frauen innerhalb 10 Tagen zweimal das Verlangen, als Wahlberechtigten an die Urne zu gehen. Suerst galt es der Wahlentscheidung eines Pfarrers und sodann der Wahl des gewöhnlichen Gemeinderats. Einen Bericht der schwedischen „N. Afton. Tidn.“ ist darüber zu entnehmen: Obwohl es sich nur um drei (von zehn) Mitgliedern handelte, indem die übrigen durch „freie Wahl“ bestellt worden waren, herrschte ungewohnt reges Leben im Stadtpark, dank der Gegenwart der Wamen.

In einer Gruppe war es eine ephröbrige Frau von 77 Jahren, die als erste stimmte. Bei der Gruppe der Arbeiter wuchs die Zahl der Stimmenden, die in den Jahren 1910 und 1913 sich bloß auf 9 und 12 belaufen hatte, diesmal auf 138, und zwar 17 Männer und 122 Frauen. Bei der Gruppe der Arbeiter und Köchinnen zählte das Wahlbureau 208 Wähler, wovon 106 Männer und 98 Frauen. Wie das Stadthaus nach nie so viele Leute gesehen hat, die sich die Wahl gewöhnlicher Wähler aneignen lassen, so hat es selber auch noch nie einen ähnlichen Anblick bar. Hausfrauen stiegen mit Körben an oder trugen das Gemälde für den Eupentopfen unter dem Arm. Ganze Familien erschienen; Vater, Mutter, Sohn; Mann, Frau und Kinder. Mädchen. Kinder warteten im Vestibül oder stahlen sich unbemerkt in den Wahlraum, wo sie ihre Väter und Mütter in einer Kabine verlohnen und auf der andern Seite wieder aufstehen sahen. Da geschah es nicht, daß etwa ein Mann seine Frau gefüßt hätte, wie die vorausgesetzt hatten, die der Meinung sind, daß Frauenstimmrecht müsse allgemein in der Ordnung in den Wahlen bringen. Da ward kein Mann zu Hause geblieben, hungrig und zerlummt, während die unglückliche Mutter den Haushalt veranlagte und zur Urne lauft. Nein, die Familie erschien vollständig, in bestem Einvernehmen, um so vereint ihrer Wohlthätigkeit zu gedenken. Frauen aller Stände, jedes Alters, hingen treuhaft, treuhaft; blühende Mädchen, fleißig auf ihre Wohlthätigkeit von gestern, betagte Frauen, die so wie Fleischstücke grüßen mußten.

Nies alles geschah nicht ohne Aufregung, nicht ohne Herablassen, weil viele Frauen im deutschen Bewußtsein ihrer Unfähigkeit den Wahlraum betreten. Es gab einige, denen es Wille machte, ihr Alter anzugeben mit lauter Stimme, vor allen Werten; und das noch lange nicht immer aus Kosterei. Man hatte ihnen so oft eingepredigt, eine Frau, die abstimmt, ist keine Frau mehr, so daß es schien, als machten sie sich auf etwas ganz Ungehöriges gefaßt. Als ein Alp wuchs es von ihnen, als sie das Stimmlokal verlassen hatten, ohne daß etwas Ungeheuerliches geschah. Am meisten aber verblüffte sie die Tatsache, daß das Einwirken des Stimmzettels in die Urne eine so einfache Handlung war, ja gerade so ein mütterliches und weibliches Geschäft, wie das Einwirken von Briefen in einen Briefkasten. Diese ersten Erfahrungen in der Anwendung des Frauenstimmrechts haben keinen Anlaß zu einem Zwischenfall gegeben und sind wemöglich ein Mittel, um Wege zu anderen Neuerungen auf diesem Gebiet zu finden. Nun also, die alte Geschichte: Probieren geht über Studieren!

Dem französischen Senat liegt ein Antrag des Senators Martin vor, der die Verteilung des Wahlrechts an die Frauen befristet. Ueber die Ansicht der Vorlage äußerte sich die bekannte Abgeordnete der französischen Frauenbewegung, die Abgeordnete am Appellationsgericht, Marie Bernon, wie folgt: Ich glaube, daß die Verteilung der französischen Frauen verfrühter zum Republikanismus führt. In den Familien, wo bisher schon Teilnehmenden der politischen Auffassung bestanden, wird die Klutz sich nicht verlieren, weil jeder Familienmitglied die Möglichkeit haben soll, seiner vollstänigen Ueberzeugung gemäß ohne auf den anderen angewiesen zu sein, sich vertreten zu lassen. Ich bin überzeugt, daß das Frauenstimmrecht dazu beitragen wird, Weisheit und Ehre der Gesellschaft zu geben. Am ein Beispiel zu nennen: Wie die Skandinavischen Frauen, die Finnland, die Amerikanerinnen und Australierinnen, werden auch die Französinen nicht ruhen, bis das Gesetz gegen den Mißbrauch des Alkohols unter Dach gebracht ist, was das französische Männerparlament bisher noch nie ernsthaft zu diskutieren wagte. Fern ist hoffe doch stark darauf, daß die Frauen nicht nur Wählerinnen, sondern auch wählbar sein werden. Die Frauen sind durch den Krieg eine Macht geworden, die man nicht genügend einzuschärfen gelernt hat, die aber schwer zu überwinden sein wird. Stellen sie sich nur z. B. vor, wenn die Ablehnung der Frauenstimmrechtsvorlage durch einen allgemeinen Streik der Munitionshersteller beantwortet wurde. Natürlich werden sie das nicht tun. Ich habe wenigstens immer den Frauen den Rat gegeben, von solchen Schritten abzusehen, weil ich der Ueberzeugung bin, daß die Verteilung des Landes eben jede andere Idee in den Hintergrund drängen muß. Aber ich hoffe fest, daß die Freigeber des Frauen des Landes die Anerkennung ihrer besten Arbeit für das Vaterland nicht verlagern und ihnen die ernstlichen Worte und die Gleichstellung mit dem Manne gebührt werden.

Und die französischen Frauen werden die politische Gleichberechtigung erhalten die Engländerinnen und Russinnen um, um die Demokratie ein gutes Stück weiter auszubauen. Die Epalte muß endlich zur Wahrheit gemacht werden, und alle anderen Länder werden folgen müssen.

In der Stadt Los Angeles, Kalifornien, wo die Frauen volles Wahlrecht haben, gibt es gegenwärtig mehr Frauen, die stimmen, als Männer. Umgekehrt 80000 Männer haben sich der Urne angeschlossen. Vor zwei Jahren haben bei einer allgemeinen Abstimmung in Los An-

gel. 170,000 Frauen und 120,375 Männer. „Los-Angeles-Times“ erklärt, daß die Frauen die Mehrheit der Stimmen haben und sagt, daß die Kandidaten, welche danach trachten, die Frauen zu gewinnen, sehr wahrscheinlich gewählt werden. Frauen regieren dieses Jahr.“ Es werden Entscheidungen getroffen, wenn immer möglich die amerikanischen Soldaten in Frankreich nicht immer der Fall sein, in Gemeinden oder Staatsabstimmung ihre Stimmen abgeben, sobald in vielen Gemeinden die Frauen die Mehrheit haben wie in Los Angeles.

Erläuterungsarbeiten (Rat und Beren handlung.)

Die Einwirkung eines plötzlichen Temperaturanstiegs auf den menschlichen Organismus äußert ihren Einfluß auf die Schleimhäute in Form von holländischen Krankheiten. Namentlich werden die Schleimhäute des Atmungsapparates in Mitleidenschaft gezogen. Schnupfen ist eine der häufigsten Erkrankungen, kann bei nicht genügender Beachtung einen chronischen Charakter annehmen. In der Praxis wird die Erkrankung erweicht und gereinigt, die Luft kommt hierdurch in wärmerem und gereinigtem Zustande in die Lungen. Erregungen der Nasenschleimhaut kommt die Luft in unangenehmen Zustände in die Lungen, woraus dann unter diesen Verhältnissen die leichte Reizung der Bronchien bei chronischem Schnupfen erklärt. Es wird die chronische Schwellung der Nasenhöhle eine Erklärung zu Erläuterungen. Besonders häufig treten diese Krankheiten auf, in Form von Katariten der Nasenschleimhaut, des Luftröhre und later trineren Nerven genannt. Die Infusion ist bezüglich des objektiven Befundes einem einfachen Bronchialkatarrh gleich, unterscheidet sich aber von diesem durch die schweren subjektiven Symptome, welche sich in Kopfschmerz, Schwindel, allgemeiner Ermüdung zeigen. In vielen Fällen sind rheumatische Reaktionen, ferner Störungen der Verdauung oder der Nerven, während die Erscheinungen des Katarits den Hintergrund bilden. Das Fieber kann dabei vorhanden, aber auch fehlen. Oft tritt die Infusion abgibt seit dem 14. Jahrhundert bekannt ist, erst auf. Die Infusionsgephenmen zeigen sich auch in der Zahl andere akute Krankheiten des Apparates, wie die Bronchitis, die Lungenentzündung, die Tuberkulose, stets Fieber vorhanden und im allgemeinen höher als bei der Infusion. Je nach dem Ausmaß der Infusion, die Verdauung; objektive kann der Diagnose der Lungenentzündung nur aus dem Resultat der physikalischen Untersuchung gelleitet werden. Gewöhnlich ist ein reichliches Auswurf vorhanden. Bei Virusinfektion sind Komplikationen vorhanden, aber auch fehlen. Kleinere Gruppen in allgemeinen zugeordnet sind und sind dem Nasenschleimhautkatarrh ähnlich. Indes können diese artige kleine Ergüsse in größeren Infektionskrankheiten in Folge von Verunreinigungen führen. Zur Bekämpfung der Erläuterungsarbeiten ist verunreinigte Luft sowie auch Pflege der Nasenschleimhaut durch Ausspülung mittelst Nasenballons notwendig.

Bezüglich der Behandlung ist erstens zu berücksichtigen, daß der Husten bei Erläuterungsarbeiten nicht einseitig ist, sondern vielmehr einseitig, sondern einseitig der Natur ist, Schleimstoffe aufzulösen. Es ist falls, den Hustenreiz durch beruhigende Tropfen zu beseitigen. Morphium, Hyoscyamin zu unterdrücken, eine subjektive Besserung gewährt, aber durch die Beseitigung der Schleimstoffe nachher oft zu chronischen führt. Vielmehr ist auf Lösung des Schleimes zu nehmen. Auch das Fieber ist bis zu einem Grade ein Helffaktor, und ist die Unterdrückung des Fiebers durch Mittel, wie Phenacetin, Antipyrin u. a. m. Uebel, vielmehr ist es angezeigt, die hohen Fiebertemperaturen herabzusetzen, wobei sich die Helffaktoren des Fiebers gütig bedürfen.

Zur Lösung des Schleimes sind Packungen vorzuziehen, die zu empfehlen, Kopfpackung mit Ammoniak, welche Pflanzmittel wie Brombeeren mit Kamille, die Patienten, welche im Stände sind, auszugeben, sind über verschiedene Art in Anhalten geeignet und bei sich oft in vortrefflicher Weise. Erklärung ist die, daß nach dem Dampf durch Douchen und Nässe zu vermeiden. Die Erläuterungsarbeiten werden nicht viel schädigt. Bei Brustfellentzündung werden die bestmögliche oft für notwendig gehaltenen Eingriffe, unterer Flüssigkeit durch Operationen, gewöhnlich unter dem Einfluß der naturgemäßen Anwendungsformen von Handelt es sich um Fieber, so empfehlen sich kalte kurze Wickel und Nässe Kompressen, deren Zweck sich nach dem Grade des Fiebers richtet. Sont ist in Frage zur Milderung der Engländerin Nässe. Die Helleergebnisse sind bei den verschiedenen Erläuterungsarbeiten oft meistens günstige, indem wir Dingen chronische Folgeerkrankungen im Allgemeinen beseitigt werden und die Behandlungsdauer durch die besten Verfahren abgekürzt wird.